

## Für eine effektive Justiz

Durch den Erhalt der Gerichtsstandorte, selbst als Neben- oder Außenstellen, wird auch zukünftig eine flexible und bürgernahe Justiz in unserem Bundesland gewährleistet sein. Um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurde bei 28 Stellen des mittleren Dienstes die Befristung aufgehoben. Ferner hat die Landesregierung zusätzlich 27 neue Richter-Planstellen geschaffen, weitere Proberichter eingesetzt und so den richterlichen Dienst nachhaltig gestärkt. Die Landgerichtsbezirksgrenzen werden an die Landkreisgrenzen angepasst. Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird dadurch deutlich verbessert. Damit können positive Effekte vor allem in der Kriminalitätsbekämpfung erzielt werden.

## Widerstand gegen Hartz-IV-Reform

Die Politik der Bundesregierung übertrifft unsere schlimmsten Befürchtungen. Der konstant niedrige Kinderregelsatz wie auch die um fünf Euro erhöhte Leistung für alleinstehende Erwachsene sind eine Absage an ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen. Auch hier hat Brandenburgs rot-rote Koalition vorausschauend gehandelt. Sie hat mit dem Schüler-BAföG ein soziales Instrument der Bildungsförderung geschaffen. Es bietet Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwächeren Verhältnissen neue Chancen. Weitere Initiativen wie diese sowie eine bessere Betreuung in den Kitas oder auch die Schulbeförderung sind zwingend notwendig und als Gegenentwurf zum schwarz-gelben Sozialabbau im Bundesrat zu verstehen.

## Bundesländer gegen schwarz-gelbe Gesundheitsreform

Durch die bundespolitischen Entscheidungen, wie dem Gesetz zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), werden die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zunehmend verschlechtert. Dies betrifft sowohl die ungerechte Lastenverteilung der Versicherten bei der Finanzierung als auch die Auswirkungen auf die Versorgung

im ländlichen Raum. Die Gesundheitsminister der Länder hatten Bundesgesundheitsminister Rösler zum Gespräch gebeten. Ergebnislos beraten wurde über die nötigen Schritte zur stärkeren Einbindung der Länder in gesundheitspolitische Entscheidungen und über die medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen. Die Einflussmöglichkeiten der Länder als Verantwortliche für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung werden durch den »Wettbewerb« im Gesundheitssystem stark gefährdet.

## Abschied vom Billiglohn-Land

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss vom Gehalt auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Kurz vor Weihnachten hat die rot-rote Koalition den Entwurf für ein Vergabegesetz im Land Brandenburg vorgelegt. Öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen sollen in Zukunft nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten einen Lohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde zu zahlen. Dies gilt für in- und ausländische Firmen. Zudem ist ferner eine sogenannte Günstigkeitsklausel vorgesehen, die verhindert, dass bestehende, höhere Tariflöhne auf die Entgeltgrenze von 7,50 Euro abgesenkt werden. Diese Lohnuntergrenze soll der künftigen tariflichen Entwicklung angepasst werden.

## Gegen die Laufzeitverlängerung von AKWs

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen forderte der Landtag die Bundesregierung auf, am Atomausstieg festzuhalten, einen Einlagerungsstopp für Brennelemente in Gorleben auszusprechen und eine bundesweite, ergebnisoffene Suche nach einem Atommüll-Endlager aufzunehmen. Antragsgrund war auch die berechtigte Sorge, dass die Verlängerung der Atomkraftwerk-Laufzeiten den Ausbau erneuerbarer Energien erschweren könnte. In den Bundesrat brachte Brandenburg gemeinsam mit den Bundesländern Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen einen Entschließungsantrag zum Energiekonzept der Bundesregierung ein. Sie lehnen jede Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken über die im Atomgesetz festgelegten Reststrommengen ab.

## Ein Konzept für die Kyritz-Ruppiner Heide

Mitte November beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages, die Kyritz-Ruppiner Heide in das nationale Naturerbe des Bundes aufzunehmen und damit unter besonderen Schutz zu stellen. DIE LINKE in Brandenburg hatte den Bund als Eigentümer des früheren »Bombodroms« aufgefordert, ein Gesamtkonzept zur künftigen nachhaltigen Nutzung des Areals zu erarbeiten – gemeinsam mit der dortigen Kommunalen Arbeitsgemeinschaft »als regionalem Ansprechpartner mit politischer Stoßkraft«. Der Versuch einen mit den Bürgerinitiativen abgestimmten, gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und LINKEN in den Bundestag einzubringen, war an der destruktiven Haltung von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten gescheitert.

## Neuregelung der Sicherungsverwahrung

DIE LINKE hat gegen die Neuregelung der Sicherungsverwahrung auf Bundesebene deutlich Stellung bezogen. Sie ist verfassungs- und menschenrechtlich nicht haltbar und wird daher von uns in ihrer jetzigen beabsichtigten Form abgelehnt. Mit dem geplanten »Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter« wird versucht, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu umgehen. Das Gesetz soll Anfang des Jahres 2011 in Kraft treten und erfährt durch uns keine Zustimmung.

## Bundesratsinitiative zur Sicherung bezahlbarer Mieten

Das Land Berlin hat eine Bundesratsinitiative zur Sicherung bezahlbarer Mieten sowie zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten gestartet. Mit der Bundesratsinitiative reagiert Rot-Rot in Berlin auf das Sparpaket und das Energiekonzept von

Schwarz-Gelb. Die Brandenburger LINKE unterstützt Berlin in seinem Vorhaben. Die praktischen Vorschläge Berlins für eine rechtlich verbindliche Verknüpfung von sozialem, energieeffizientem und nachhaltigem Klimaschutz sind dringend erforderlich. Den Plänen der Bundesregierung muss eine Absage erteilt werden. Wir vertreten den Standpunkt, dass die geplanten Lasten nicht nur einseitig auf die Mieter abgewälzt werden dürfen.

## Privatisierung von Seen stoppen

Brandenburg ist der Bundesratsinitiative Mecklenburg-Vorpommerns beigetreten. Sie zielt auf die unentgeltliche Übertragung von BVVG-Gewässern an ostdeutsche Länder und Kommunen ab. Der Landtag fordert, dass die Aussetzung der weiteren Privatisierung von BVVG-Wasserflächen in Brandenburg über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängert wird. Zudem soll für die Allgemeinheit die dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit zu Brandenburger Gewässern gesetzlich gesichert sein. Für Brandenburg, das mit seinen mehr als 3000 Weihern das seenreichste Bundesland ist, haben die Gewässerflächen aufgrund der hohen touristischen Nutzung eine große Bedeutung. Mit der Privatisierung von Seen gibt es bereits einige negative Erfahrungen.

## Kampf um EU-Förderung ab 2014

Bei der Europäischen Union hat Brandenburg in Gesprächen mit der Generaldirektion der Regionalpolitik positive Signale für die Übergangsregelungen der künftigen EU-Förderung ab 2014 erhalten. Für das Land ist das wichtig, weil Brandenburg in drei Jahren die höchste Förderquote aberkannt wird. In Brüssel haben wir mit Nachdruck darauf gedrängt, dass Brandenburg in der neuen EU-Periode als ein einheitliches Fördergebiet ausgewiesen wird. Bislang erhält der Südwesten des Landes durch die Teilung in zwei Förderregionen weniger Geld als der Nordosten. Für die Änderung dieser gegenwärtigen Unausgeglichenheit setzt sich DIE LINKE auch weiterhin nachhaltig ein.

**Ein Jahr  
Rot-Rot**  
Bilanz 2010  
**DIE LINKE.**  
BRANDENBURG

## Priorität Bildung

Rot-rot investiert in die Zukunft unserer Kinder und startete mit 400 Neueinstellungen ins Schuljahr. Bis 2014 kommen insgesamt 1250 neue Lehrkräfte hinzu. Seit 1. Oktober gilt ein besserer Personalschlüssel in den Kitas des Landes. Für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen ist er von 1 zu 13 auf 1 zu 12, in der Altersgruppe der bis Dreijährigen von 1 zu 7 auf 1 zu 6 verbessert worden. Die Mehrkosten von rund 36 Millionen Euro pro Jahr trägt das Land und schafft so über 900 zusätzliche Stellen für Pädagogen. Ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien wird einzig in Brandenburg gezahlt. Die Regierung sichert die hohe Qualität der Musikschulen und erweitert den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen.

## Schüler-BAföG für Kinder aus Hartz-IV-Familien gesichert

Gemeinsam mit der SPD hat DIE LINKE eine Änderung des Brandenburger Schüler-BAföG-Gesetzes beschlossen. Mit der Änderung stellen wir sicher, dass Schüler, die Hartz-IV-Leistungen erhalten, das Schüler-BAföG auch nach dem 1. Januar 2011 erhalten. SPD und DIE LINKE wollen mit diesem Schüler-BAföG die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung fördern und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die Nachfrage nach diesem bundesweit einmaligen Angebot ist groß. Bis zum 25. November wurden bereits über 1600 Anträge auf Schüler-BAföG gestellt. Es war durch die Politik der Bundesregierung deutlich in Gefahr. Auch durch unseren Einsatz wird es das Schüler-BAföG auch im kommenden Jahr geben.

## Guter Start: Öffentlicher Beschäftigungssektor

Mit dem Programmstart »Arbeit für Brandenburg« ist der Einstieg in den Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) gelungen. So finden Langzeiterwerbslose wieder Existenz sichernde Arbeit. Von 1200 möglichen Stellen für das Jahr 2010 wurden bis Ende September über 700 beantragt. Bis 2014 werden

weitere neue Arbeitsplätze geschaffen, wofür das Land 40 Mill. Euro zur Verfügung stellt. Weitere Mittel kommen von Bund und Kommunen. Die Beschäftigungsdauer beträgt zwei Jahre und der gezahlte Stundenlohn mindestens 7,50 Euro. Eine Gefahr für den ÖBS ist Schwarz-Gelb in Berlin. In schwierigen Verhandlungen ist es zunächst gelungen, das unbefriedigende Bundesprogramm »Bürgerarbeit« für unsere Ziele nutzbar zu machen.

## Bewegungsfreiheit für Asylbewerber

Die rot-rote Landesregierung hat die Situation der Asylbewerber in Brandenburg deutlich und nachhaltig verbessert. Die Länder Berlin und Brandenburg haben Ende Juli jeweils einen Erlass in Kraft gesetzt, der es Asylbewerbern und Ausländern mit einer Duldung erlaubt, sich in Berlin und Brandenburg frei zu bewegen. Nach Inkrafttreten der neuen Regelung sollen gemeinsam mit Berlin die Reisemöglichkeiten von Asylbewerbern und Geduldeten in das jeweilige Nachbarland per Erlass erleichtert werden. Unser wichtiges Ziel bleibt weiterhin die Bewegungsfreiheit aller Flüchtlinge in der gesamten Bundesrepublik.

## Mobilität für alle ohne Dumping

Rot-Rot sorgt für mehr Bewegung. Das Mobilitätsticket wurde mit weiteren Verbesserungen fortgeführt. Landkreise und kreisfreie Städte erhalten ab sofort Unterstützung zur elternbeitragsfreien Schülerbeförderung. Die gilt bei Kindern, deren Eltern von SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) betroffen sind. Bei Landes-Ausschreibungen für Eisenbahnstrecken ist es gelungen, die Einhaltung der Tarife für Beschäftigte im Schienenpersonennahverkehr zu gewährleisten. Brandenburg setzt sich gemeinsam mit dem Land Berlin für eine reibungslose und vertragsgemäße Gestaltung des S-Bahnverkehrs ein. Die Förderung des Radverkehrs und des Radtourismus als wichtige verkehrs- und wirtschaftspolitische Aufgaben wurde gestartet.

## Nachhaltigkeit und Erneuerbare Energien

Brandenburg hat seinen bundesweiten Spitzenplatz beim Ausbau regenerativer Energien verteidigt. Der Nachhaltigkeitsbeirat wurde neu berufen und wird bei der Formulierung einer alle Ressorts einbeziehenden Nachhaltigkeitsstrategie mitwirken. Der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik. Das Wirtschaftsministerium hat deswegen das Programm RENplus mit rund 9 Millionen Euro aufgelegt – ohne Beschränkungen für den Kreis der Förderberechtigten. Zuschüsse gibt es beispielsweise für Anlagen zur Energierückgewinnung und Wärmepumpen, auch für begleitende Maßnahmen wie Planung, Durchführungsmanagement, Ergebnisevaluation.

## CCS – Keine Vorentscheidungen, keine »Lex Brandenburg«

Die Koalition sieht die Braunkohleverstromung nur noch als »Brückentechnologie« an. Und das auch nur bei drastischer Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Dafür muss geklärt werden, ob Abscheidung und langfristige sichere unterirdische Lagerung von CO<sub>2</sub> überhaupt möglich sind. Wirtschaftsminister Christoffers hat einen »Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg« einberufen, um alle Fragen des Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse transparent, zeitnah und öffentlich zu diskutieren, auszuwerten und zu hinterfragen. Das Ergebnis ist offen. Und ohne ein solides Bundesgesetz wird es nicht gehen. Die rot-roten Mindestanforderungen dafür hat das Wirtschaftsministerium vorgelegt.

## Soziale Verantwortung mit weniger Geld

So die Antwort von Rot-Rot auf das Auslaufen des Solidarpakts, weniger EU-Mittel und hohe Schulden. Es geht um Sicherheit in schweren Zeiten, um eine verlässliche und erträgliche Basis für Veränderungen. Was Rot-Rot beschlossen hat, hat Bestand. Bildung,

Soziales, Wissenschaft – die Zukunftsinvestitionen – behalten Vorrang. Die Investitionsquote in anderen Bereichen (Brandenburg derzeit 18,2 Prozent, Bayern knapp 12 Prozent) hingegen wird sinken. Politik und Gesellschaft brauchen Mut und Kreativität. In der Wirtschaftsförderung z. B. stellen wir verstärkt von Zuschüssen auf Darlehen um – damit ein Euro mehrfach nutzt. Wir werden weiter transparent arbeiten – unser Vorgehen erläutern, dabei lernen und Ideen suchen.

## Rechtssicherheit beim Datschen-Wohnen

Laut Gesetz ist es nicht gestattet, ganzjährig in der Datsche zu wohnen. Wenn Fälle bekannt werden, gehen Kommunen vielfach mit Nutzungsuntersagungen und auch Klagen dagegen vor. Rot-Rot hat nun den Streit um das dauerhafte Wohnrecht in Datschen deutlich entschärft und den geltenden Runderlass überarbeitet. Dieser regelt u. a., wann ein dauerhaftes Wohnen in Datschen geduldet werden kann. Wer bereits seit zehn Jahren auf den Wochenendgrundstücken lebt, kann danach für weitere drei Jahre geduldet werden. Bei den über 70-Jährigen soll dies bis zum Lebensende gelten, ebenso bei Menschen mit schweren Erkrankungen. Künftig sollen auch Einzelfallentscheidungen vorgenommen werden.

## Brandenburger Polizei

Das Land schickt keine Polizistinnen und Polizisten mehr in den Krieg nach Afghanistan. Dessen ungeachtet ist die Polizeireform, erforderlich angesichts des Bevölkerungsrückganges und geringerer finanzieller Möglichkeiten, eines der umstrittensten Vorhaben der rot-roten Landespolitik. Vorgesehen ist ein Abbau von derzeit 8900 auf 7000 Stellen in 2020, von dem Revier- und Streifenpolizisten ausgenommen sind. Doch auch künftig soll die Polizei in der Fläche präsent sein, bürgernah arbeiten und die Einsatzzeiten beibehalten können. Die bisherigen 15 Schutzbereiche werden zu vier Polizeidirektionen zusammengefasst und die Zahl der 50 Wachen wird auf mindestens 15 reduziert. Weitere 24-Stunden-Standorte sind jedoch im Gespräch.

DIE LINKE. Brandenburg  
Alleestraße 3, 14469 Potsdam  
Telefon: 0331/200090  
Fax: 0331/2000910  
E-Mail: [info@dielinke-brandenburg.de](mailto:info@dielinke-brandenburg.de)  
[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)  
V.i.S.d.P. Maria Strauß